

Auszug

aus dem Protokoll der Sitzung des Planungsausschusses vom 12.09.2023

Top 12.1 Bericht der Verwaltung

Herr Grass berichtet, dass nach der letzten Sitzung des Planungsausschusses und der Diskussion bezüglich der Querungen am Fahrenkamp und der Mühlenstraße erneut Kontakt mit dem Landesbetrieb Verkehr (LBV) aufgenommen und um einen Ortstermin mit Beteiligung der Politik gebeten wurde. Der LBV sieht jedoch keine Notwendigkeit für einen solchen Termin, bietet jedoch eine Gesprächsmöglichkeit in Itzehoe an.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen äußert Verärgerung angesichts dieser Antwort. Der Jugendbeirat möchte wissen, wie die Chancen für eine Querung der Mühlenstraße seien.

Herr Grass erläutert, dass sowohl die Stadt (im Sommer), als auch der LBV (im Winter) hier Messungen der Querungsanzahl durchgeführt hatten, die zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen geführt haben. Ebenso wie am Fahrenkamp möchte die Stadt hier erneut eigene Messungen durchführen und dabei auch die Wochenenden berücksichtigen. Möglicherweise bietet auch die geplante Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes z.B. zu Tempo 30 eine Grundlage für erneute Gespräche. Der LBV als Landesbehörde sei zunächst für die Abwicklung des Verkehrsflusses auf Landes- und Bundesstraßen zuständig. Vor diesem Hintergrund sei bereits die Reduzierung der Geschwindigkeit von 80km/h auf 60km/h im Bereich Fahrenkamp ein großer Erfolg.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen verweist darauf, dass der Verkehr, für dessen Fluss der LBV verantwortlich sei, nicht nur aus PKW-Verkehr bestehe, was auch in einer sich verändernden Gesetzeslage deutlich werde. Zudem solle nochmal überprüft werden, ob die Anzahl der vorbeifahrenden Autos im Bereich Fahrenkamp (auch in den Wintermonaten) eine Querungsmöglichkeit begründen könne, da dies die Möglichkeiten, gefahrlos die Straße zu überqueren, begrenze.

Die WSI-Fraktion möchte parallel zu der weiteren Prüfung einer Bedarfsampel im Bereich Mühlenstraße auch über andere Möglichkeiten zur Querung nachdenken. Beispielsweise könnte ein Teil des Caudryplatzes zur Verbreiterung der Straße genutzt und damit Platz für eine Verkehrsinsel geschaffen werden. Könnte die Stadt Wedel dies einfach beschließen und umsetzen oder drohe dann ein Rückbau durch den LBV?

Herr Grass rät von einer solchen Vorgehensweise ab, alleine durch die Frage der Haftung bei einem anschließenden Unfall sollte diese Verantwortung niemand übernehmen. Die Verwaltung wird dieses Thema weiter verfolgen und alle Möglichkeiten ausschöpfen.